Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

Dienstag, 23. August 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau u. Welt", „Lehren u. Lernen", „Reisen u. Wandern"

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernsprecher: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32; Fernsprecher: Nollendorf 5900-88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941

Bezugspreis monatlich Mk. 19.— ausmärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50

60. Jahrg. Nr. 393 B 122

Tages-Spiegel.

Der Vorsitzende des deutschen Volksausschusses in Oberschlesien, Dr. Lukaschek, hat der Interalliierten Kommission in Oppeln eine Anklageschrift über den fortdauernden Polenterror überreicht.

*

Der Eisenbahnerstreik in Pommerellen und Posen hat heute früh eingesetzt.

*

Die ungarischen Truppen sind ohne Zwischenfälle in Fünfkirchen eingerückt.

*

Heute findet in Dublin ein Nationalkonvent der Sinnfeiner zur Prüfung der englisch-irischen Frage statt.

*

Cambo hat den Polen die spanischen Finanzministers endgültig übernommen.

*

Bei den gestrigen Verhandlungen über die Lohnerhöhungen der Beamten und Arbeiter wurden Reichsfinanzminister Giesberts eine abermalige Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren an.

Um Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Die Ausführungen, die der Oxforder Volkswirtschaftler J. M. Keynes über die Unmöglichkeit der Erfüllung der Londoner Forderungen durch Deutschland in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gemacht hat, haben in der Welt starkes Aufsehen hervorgerufen. Die Tatsachen, die Keynes vorbringt, sind an sich allerdings nicht neu. Als die Auseinandersetzungen über die Festsetzung der deutschen Reparationsschuld noch schwebten, sind von deutscher Seite alle zu Kennen angeführten Argumente gegen die von den Gegnern geforderte Lösung bereits vorgebracht worden. Die Bedeutung seiner Darlegungen besteht darin, daß jede deutsche Verneinung, als gefärbt und interessiert behandelt wird, während Keynes, der den Versailler Friedensvertrag einer scharfen vernichtenden Kritik unterzogen hat, als englischer Gelehrter zeigt, wohin die wahnsinnige Politik führen muß, die Paris ausgeheckt, London, Rom und Brüssel aber vielleicht noch besserer Einsicht, mitgemacht haben. Eine erneute Debatte hat sich an Keynes' letzten Aufsatz geschlossen. Aus den französischen Stimmen leuchtet dabei deutlich die Verlegenheit, in die sie das von Keynes hervorgerufene wuchtige Tatsachenmaterial versetzt. Freilich darf man nicht übersehen, daß es in Frankreich eine nicht unerhebliche Strömung gibt, die das, was der Oxforder Nationalökonom als drohendes Gespenst für die Zukunft hinstellt, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, als Rettung ansieht. Soll doch damit Frankreich in die Lage versetzt werden, seinen Machthunger Deutschland gegenüber zu befriedigen, beschränkt durch Rücksichten zu besehen und womöglich ganz Oberschlesien vom Reiche loszutrennen.

Die von Keynes verkündeten Wahrheiten treten zudem gerade in einem Augenblick zutage, wo der französische Minister für die vom Krieg betroffenen Gebiete Loucheur, in dem viele den Nachfolger Doumers im Finanzministerium erblicken, beabsichtigt, zur Erörterung schwebender Fragen mit Dr. Rathenau erneut in Wiesbaden zusammenzutreffen. Loucheur ist offensichtlich bemüht, in England den Eindruck zu verwischen, als wolle er hinterdem Rücken des Verbündeten Sonderabmachungen mit Deutschland treffen. So sieht die französische Oeffentlichkeit aus dem Häuschen gerät und die englischen Staatsmänner mit Wutausbrüchen überschüttet, so sehr strengt sich die Pariser Regierung im Hinblick auf die Entscheidung über Oberschlesien in London keine Mißstimmung aufkommen zu lassen. Loucheur ist deshalb zunächst einmal nach England gefahren.

Bereits einmal ist er mit Dr. Rathenau in der von französischen Streitkräften besetzten nassauischen Hauptstadt gewesen. Man kann sich sagen, daß diese Zusammenkunft besonders weitreichende praktische Folgen gehabt hätte. Zweifellos ist es ein erfreuliches Zeichen, daß ein deutscher und französischer Minister zu einer sachlichen Erörterung sich zusammen haben. Dies stellt ein immerhin günstiges Symptom einer möglichen Entspannung dar, aber auch nicht mehr. Bei der letzten Zusammenkunft sind tatsächliche Ergebnisse nicht erzielt worden. So ist man in Deutschland namentlich darüber enttäuscht, daß die Besitzungen für Schadenlieferungen in den französischen Departements einen ganz geringen Umfang angenommen haben. Hier hat Loucheur mit der Gegnerschaft der französischen Unternehmer zu rechnen, die sich nicht überstürzen wollen, daß die Errichtung solcher Häuser einen wichtigen Bestandteil der deutschen Sachleistungen darstellen soll. Auch über die Frage des Maßes und der Berechnung der Sachleistungen überhaupt ist nichts Wesentliches in Wiesbaden festgestellt worden. Irgendwie haben durch eine deutsche Kommission in Paris und unsere Botschaft weitere Besprechungen über Einzelpunkte stattgefunden. Poincaré, der in seiner Chronik in der „Revue des Deux Mondes" das Wiederherstellungsproblem noch einmal untersucht, behauptet zwar wieder einmal, Frankreich habe dabei bedeutende Zugeständnisse gemacht, in Wahrheit hat sich Deutschland bekanntlich allen diesbezüglichen Anregungen unterzogen, um die einmal übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Dies ist ihm bisher auch gelungen. Bei der ständigen Fühlungnahme, die zwischen den berufenen Organen bereits im Gange ist, fragt man sich, welchen Zweck die Wiesbadener Zusammenkunft Dr. Rathenaus und Loucheurs eigentlich haben soll. Deutschlands Leistungsmöglichkeit wird stark dadurch beeinflußt, ob, dem Pfeiffer entsprechend, Oberschlesien beim Reich verbleibt oder ob es ihm, jeder Berechtigkeit zum Hohn, entrissen werden soll. Solange diese Angelegenheit in der Schwebe ist, können die beiden Minister Grundlegendes nicht erörtern.

—en—

Die Einberufung des Reichstags zum 27. September.

Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli den Präsidenten ermächtigt, die nächste Plenarsitzung auf den 6. September einzuberufen, für den Fall, daß bis dahin die Beratung der Steuergesetze in allen vorberatenden Instanzen erledigt sei.

Da die Steuergesetze den hierzu berufenen Körperschaften zur Zeit noch zur Beratung vorliegen, und da die oberschlesische Frage, auf deren Entscheidung man noch im August gerechnet hatte, durch den Obersten Rat vertagt wurde, so hat der Reichstagspräsident nach Fühlungnahme mit den Fraktionen und der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages aufgeschoben und als Termins des Zusammentritts nunmehr den 27. September vorgesehen.

Die morgige Reichsratssitzung.

Der Reichsrat wird sich in seiner morgigen Sitzung, soweit wir unterrichtet sind, auch mit den Ausführungsbestimmungen der neuen Fernsprechgebührenordnung beschäftigen.

Die Veröffentlichung dieser Ausführungsbestimmungen durch das „Reichsgesetzblatt" und das „Postamtsblatt" wird im Anschluß daran erfolgen. Das neue Fernsprechgebührengesetz soll bekanntlich schon zum 1. Oktober in Kraft treten.

Sitzungen des Reichswirtschaftsrates.

Wie die P. P. N. erfahren, wird der Arbeitsausschuß zu Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes am Montag, den 29. August, der Arbeitsausschuß für die Umsatzsteuer für die Verbrauchssteuern, Mittwoch, den 31. August, zu einer Sitzung zusammentreten.

Keine deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" meldete gestern, daß die polnische Regierung an die Reichsregierung herangetreten sei, um mit ihr die oberschlesische Frage zu behandeln. Diese Meldung ist, wie wir von zuständiger Stelle hören, unzutreffend.

Hierzu glaubt eine hiesige Korrespondenz mitteilen zu können, daß darin auch die Frage der parlamentarischen Vertretung des Saarlandes berührt werden würde. Diese Annahme ist jedoch irrig, da diese Frage bereits durch den Versailler Friedensvertrag genau geregelt ist.

Ein Weißbuch über die Lage im Saargebiet.

Wie uns mitgeteilt wird, wird seitens der deutschen Regierung die Herausgabe eines Weißbuches über die Lage im Saargebiet vorbereitet, das demnächst dem Reichstag zugehen soll.

Hierzu glaubt eine hiesige Korrespondenz mitteilen zu können, daß darin auch die Frage der parlamentarischen Vertretung des Saarlandes berührt werden würde. Diese Annahme ist jedoch irrig, da diese Frage bereits durch den Versailler Friedensvertrag genau geregelt ist.

Kein Gesetz gegen die Werkkonzerne.

Ein Berliner Mittagsblatt meldete heute, daß im Reichsfinanzministerium ein neues Gesetz gegen die Werkkonzerne vorbereitet sei.

Diese Meldung ist, wie uns mitgeteilt wird, gänzlich unzutreffend.

Truppenverstärkungen für Oberschlesien.

Wie wir erfahren, werden voraussichtlich vom 25. August ab weitere Truppenverstärkungen über Mainz, Gotha, Erfurt, Sagan nach Oberschlesien abgehen.

Es handelt sich zunächst um 2 englische Bataillone, für die wir Eisenbahnzüge angefordert wurden, und um 1 französische Brigade, für die 16 Züge bereitgestellt werden müssen. Ob auch italienische Truppenverstärkungen nach Oberschlesien entsandt werden, war an zuständiger Stelle bis jetzt noch nicht bekannt. Voraussichtlich werden täglich bis zu vier Truppentransportzüge nach Oberschlesien durchgeführt werden.

Die deutschen Behörden sind angewiesen worden, alle Maßregelungen zu treffen, um Zwischenfälle auf den Stationen, die die Züge berühren, zu vermeiden.

Deutsche Vorstellungen beim französischen Geschäftsträger.

Wie wir an zuständiger Stelle hören, hat die deutsche Regierung im Laufe des gestrigen Tages wegen des Vorfalles auf dem Bahnhof Friedrichstraße, wovon bekanntlich die beteiligten französischen Soldaten vollständig festgestellt worden wurden, den französischen Geschäftsträger in Berlin gebeten, die Angehörigen der französischen in Deutschland befindlichen Kommissionen anzuhalten, die geltenden Vorschriften zu beachten und die von deutschen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen zu berücksichtigen.

Requisitionen im besetzten Gebiet.

Pa. Aus dem besetzten Gebiet wird uns gemeldet:

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat am 17. August 1921 eine Verordnung (95) zur Abänderung der Verordnung 59 über Requisitionen erlassen, die am 1. September 1921 in Kraft tritt. Sie bestimmt, daß den in Verordnung 59 angedrohten Strafbestimmungen verfällt, wer nachweislich falsche Requisitionsschäden geltend macht oder zu diesem Zweck eine Urkundenfälschung begeht oder wissentlich unrichtige Angaben macht, um geltend gemachte Forderungen zu stützen.

Loucheurs Reise.

Paris, 23. August. (W. T. B.) Wie „Petit Parisien" mitteilt, fährt Minister Loucheur, der sich nach seinen Besprechungen mit dem belgischen Finanzminister nach Holland begeben hat, morgen abend nach Paris zurück und reist darauf nach London, wo er den Donnerstag verbringen wird. Freitag muß er dann zu den Besprechungen mit Reichsminister Rathenau in Wiesbaden sein.

Fortdauernder Polenterror.

Eine Anklageschrift Dr. Lukaschecks.

O. E. G. **Oppeln**, 23. August.

Unter dem 27. Juli hat der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses, Dr. Lukaschek, der Interalliierten Kommission in Oppeln ein Schreiben überreichen lassen, das ein geradezu erschütterndes Bild auf die Zustände in Oberschlesien nach der sogenannten Liquidierung des letzten Aufstandes wirft.

Gehäuft auf unanfechtbare Dokumente und Beweise werden hier der Interalliierten Kommission weit über hundert Vorfälle von Bedrohungen, Mißhandlungen, Erschießungen von Deutschen durch Insurgenten, Verprügelungen von Deutschen durch französische Soldaten und Offiziere zur Kenntnis gebracht. Auch Berichte über das Auftreten von Polen in französischen Uniformen, über Franzosen, die sich mit dem polnischen weißen Adler geschmückt haben und sich offen mit den Polen verbrüdern, sind in Menge vorhanden.

Das Ganze ist eine schwere Anklage gegen das parteiische Verhalten der Franzosen, gegen die unerhörten Uebergriffe und Anmaßungen der Polen, welche die Haupttäter des Verbrechens verübt haben und noch verüben und gegen die polnische Regierung, die noch nie vor entgegen allen Versicherungen geschlossene Truppenverbände nach Oberschlesien herüberschickt.

Französische Kammer und Völkerbund.

Paris, 22. August. (Ltd. Tel.)

In parlamentarischen Kreisen ist, davon die Rede, daß eine außerordentliche Sitzung der Kammer zusammenkommen werden soll vor der Versammlung des Völkerbundes. Es handelt sich darum, dem französischen Parlament Gelegenheit zu geben, seine Gesichtspunkte über die oberschlesische Frage deutlich manifestieren zu können, bevor der Rat des Völkerbundes seine Sitzung beginnt. Ein Vorschlag in diesem Sinne wurde schon durch den Deputierten Magne niedergelegt. Im Falle, daß in diesem nicht die gewünschte Anzahl von Unterschriften vereinigt wird, ist es wahrscheinlich, daß Millerand kraft der Vollmacht, die ihm die Verfassung verleiht, eine sofortige Zusammenberufung der Deputiertenkammer vorschreiben wird.

Der Völkerbundrat braucht Sachverständige.

London, 23. August. (W. T. B.) Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Trotz der in Paris ausgedrückten Zweifel sei es vollkommen klar, daß der Völkerbundrat in der oberschlesischen Frage sich von einer Körperschaft von Juristen und Sachverständigen beraten lassen muß.

Die Theorie der „Sanktionen".

■ **Basel**, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Blockadekommission des Völkerbundes wählte gestern zum Präsidenten den ehemaligen Ernährungs- und Justizminister von Spanien Garnisa und zum Vizepräsidenten den norwegischen Vizeadmiral Sparre. Es wurde beschlossen, das Beratungsmaterial in folgende vier Gruppen zu teilen:

1. Unter welchen Umständen haben „Sanktionen" einzutreten?
2. Wer hat darüber zu entscheiden, daß diese Umstände eingetreten sind?
3. In welchem Augenblick und durch wen sollen diese Maßnahmen zur Anwendung gelangen?
4. Wie sind sie anzuwenden?

Nationalkonvent in Dublin.

■ **Basel**, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Das irische Parlament, das am Montag vormittag im Stadthause zu Dublin zu einer geheimen Sitzung zusammentrat, beschloß am heutigen Dienstag eine Art von Nationalkonvent einzuberufen, dem alle Sinnfeiner-Vertreter Irlands, und zwar insbesondere Industrielle, Kaufleute, Richter, Bauern, Priester und andere Intellektuelle angehören sollen. Der „Daily Chronicle" wird diesem Konvent das englisch-irische Problem in seiner jetzigen Gestalt zur Prüfung unterbreiten, damit gemeinsermaßen das ganze irische Volk im Augenblick der wichtigster Entscheidung seine Meinung äußern kann.

Angora vor dem Fall.

P. **London**, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Times" wird aus Angora gemeldet: Die griechische Armee hat den Fluß Satharia an vielen Stellen überschritten und den letzten Widerstand der Türken gebrochen Die Einnahme von Angora ist nur noch eine Frage von Tagen.

König Alexanders Thronbesteigung.

Belgrad, 22. August. (W. T. B.) Alexander, der neue König der Serben, Kroaten und Slowenen, verlobte heute durch eine Proklamation seine Thronbesteigung.

Das Leichenbegängnis des Königs Peter fand heute in feierlicher Weise statt. Nach dem Trauergottesdienst in der Sobotkirche bewegte sich der Leichenzug zum Bahnhof. Um 5½ Uhr abends verkündeten Kanonensalven die Ankunft sämtlicher Glocken, daß König Peter in Topola zur letzten Ruhe bestattet worden sei.

Mirditenaufstand in Albanien.

Graz, 22. August. (W. T. B.) Die „Tagespost" meldet aus Belgrad, die Kämpfe zwischen den albanischen Aufständischen und den Regierungstruppen hätten einige Tage gedauert und mit einer entschiedenen Niederlage der Regierungstruppen geendet. Die Aufständischen marschierten auf Tirana, den Sitz der albanischen Regierung, dessen Einnahme durch die Aufständischen unverweidlich sei. Die Regierung habe bereits Tirana verlassen.

Radikale und gemäßigte Insurgenten.

Oppeln, 22. August. (E. P.)

Im polnischen Insurgentenlager herrscht Uneinigkeit. Eine radikale Richtung drängt zum Losschlagen, eine andere unter Korfanty ist für ein Abwarten der Entscheidung des Völkerbundrates, und ein dritte will einen Ausgleich mit Deutschland. Die erste Richtung ist die stärkste. Ihr gehören die augenblicklich noch unter den Waffen befindlichen Insurgenten, die Stoßtruppen und die polnischen Offiziere an. An ihrer Spitze steht der General Konarzewski. Die letzte Richtung ist zurzeit noch die schwächste, doch ist sie noch im Anwachsen begriffen. Ihre Hauptstütze sind die polnischen Grubenarbeiter im Industriegebiet.

Da infolge der Uneinigkeit im polnischen Insurgentenlager eine Spaltung der polnischen Front droht, suchen die Franzosen zu vermitteln. Sie stellen sich dabei hinter Korfanty.

Frankreichs Völkerbundvertreter.

Paris, 22. August. (W. T. B.) Frankreich wird auf der Völkerbundsversammlung, die am 9. September in Genf eröffnet werden wird, durch Bourgeois, Viviani und Hanotaux vertreten werden.

Als stellvertretende Mitglieder für die Völkerbundsversammlung gehen Senator Reynald, Abgeordneter Noblemaire und Abgeordneter Hennessy nach Genf.

Nach einer Blättermeldung begibt sich Bourgeois zur Völkerbundtagung heute nach Genf.

Italien und die Insel Saseno.

St. **Rom**, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die halbamtliche „Tribuna" antwortet auf das heftige Drängen der Entente auf geschnelle Verlassen, die Insel Saseno möchte ausgeliefert werden, daß die Insel zur Sicherung des Gleichgewichts in der Adria nötig sei. Falls der Oberste Rat und der Völkerbund dieses gewährleisten könne, sei Italien bereit, Saseno trotz des Vertrages mit Albanien zurückzugeben, sonst aber nicht.

Zum Aufstand in Marokko.

Madrid, 23. August. (W. T. B.) Dem Oberkommissar in Spanisch-Marokko, der dem neuen Ministerium seinen Rücktritt angeboten hatte, wurde das Vertrauen der Regierung ausgesprochen.

Die Truppentransporte nach Marokko werden im ganzen Lande fortgesetzt und vollziehen sich unter patriotischen Kundgebungen des Volkes. Auch der bekannte Radikale Lerroux tritt für die Fortsetzung des Marokko-Unternehmens ein.

Unruhen in Indien.

London, 23. August. (W. T. B.) Einer Reutermeldung zufolge haben Aufständische der Provinz Madras die Telephon- und Bahnlinien auf der Süd-Indischen Bahn unterbrochen. Es kam zu Zusammenstößen mit Militär und Polizei. Zwei Offiziere und zwei Polizisten werden vermißt. Mehrfach wurden Postämter geplündert. Ein Sonderzug mit Truppen und Polizei ist von Calicut nach dem Schauplatz der Unruhen abgegangen.

Griechen und Franzosen.

Rt. **Paris**, 22. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Kriegsminister hat verfügt, daß die französische Militärmission beim griechischen Generalstab infolge von Angriffen griechischer Gendarmen auf einen französischen Offizier zurückgerufen wird. Seit April bereits bestehen keine offiziellen Beziehungen mehr zwischen der Mission und dem Generalstab, und es war dem französischen Offizier verboten, sich in Uniform auf der Straße zu zeigen, da die Bevölkerung und die Presse sehr unfreundlich gegen Frankreich auftraten.

König Feisal.

P. **London**, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie ein Telegramm aus Kairo meldet, sind zu den Krönungsfeierlichkeiten in Bagdad, die vom Sonnabend bis zum Dienstag dauerten, Abordnungen des Schahs von Persien, der indischen Hindufürsten, der Kurden, der Tataren sowie des Kaisers von Abessinien erschienen. Verschiedene Karawanen unterbrachen ihre Reise und lagerten sich vor den Toren der Stadt, wo sie den neuen König begrüßten.

Anläßlich der Bekanntgabe der Krönung des Emir Feissal zum König von Mesopotamien will das britische Kolonialamt mit, daß die Behörden mit der politischen Lage Mesopotamiens vollauf zufrieden sind. Die Herabsetzung der britischen Garnison könne daher rascher vorgenommen werden als ursprünglich geplant war.

Vor Neuwahlen in Kanada.

P. **London**, 22. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Times"-Korrespondent aus Kanada meldet, steht sich die Regierung veranlaßt, Neuwahlen anzuschreiben, weil die Mehrheit des Kabinetts mit der Regierungspolitik nicht mehr übereinstimmt.

Tittonis Reise nach Amerika.

■ **Washington**, 22. August. (Eigene Drahtmeldung.) Obwohl der italienische Botschafter erklärte, daß Tittoni nur als Privatmann nach Amerika komme, beharren die Blätter darauf, daß er die auswärtigen Beziehungen und Handelsfragen zwischen den beiden Staaten zu besseren benutzt.

Cambo spanischer Finanzminister.

Paris, 23. August. (W. T. B.) Wie die Blätter aus Madrid berichten, hat Cambo das Finanzportefeuille übernommen.

Die Debatte über Keynes.

Paris, 23. August. (E. P.)

Zu den Ausführungen Mehnard Keynes' über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands schreibt die „Lanterne":

Wir wünschen aufrichtig einen loyalen und dauerhaften Frieden. Muß aber Frankreich nach allen seinen Opfern und, heute mehr erschöpft als Deutschland selbst, die finanziellen Lasten tragen, die aus den feindlichen Verwüstungen stammen? Sollen die Sieger ohne Entschädigung bleiben? Sollen wir eine Schuldverpflichtung einfach streichen, die nicht eine Kriegsentschädigung ist, sondern die bloße Wiedergutmachung des Schadens, der uns zugefügt wurde? „Deutschland ist erschöpft" sagt Keynes. Das ist wohl möglich. Wir sind es auch. Auf nur Deutschland sahen „bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit", wie die Bevollmächtigten es in Versailles gewollt haben. Nur wenn es wirklich in Konkurs geht, werden wir glauben, daß es uns nicht täuscht und daß Keynes die Wahrheit sagt.

Dasselbe Thema wird in der „Libre Parole" besprochen:

„Wenn Keynes glaubt, daß die durch das Londoner Abkommen Deutschland auferlegten Lasten seine Zahlungsfähigkeit übertreffen, versucht er aber ein sehr einfaches Mittel, um diese Lasten zu erleichtern. Er soll nur England raten, seine eigene Schuldforderung herabzusetzen. Die interalliierte Finanzkommission hat sich uns das ihnen zugeteilte Geld an Frankreich zu überlassen. Das wird die Lasten des Reiches wesentlich erleichtern. Wenn man ein Geschenk zu machen wünscht, erkennt es sich, es mit seinem eigenen Gelde zu tun und nicht den Preis aus der Nachbarn Tasche zu nehmen. Es ist uns unmöglich, unsere Schuldforderung weiter zu reduzieren.

Deutschland ist nicht so arm, als Keynes es hin sagt. Seine Staatsfinanzen sind zwar sehr belastet, doch sind seine Industrien, die nicht vom Krieg ruiniert sind, in raschem Aufsteigen begriffen, und sie beziehen beträchtliche Dividende. Das Reich kann, wenn es will, die Mittel finden, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Frage ist nicht, wie Keynes zu glauben scheint, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen kann, sondern vielmehr, ob es sie erfüllen will."

Aussichten der Abrüstungskonferenz.

Kl. **Tokio**, 22. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der japanische Professor Matsunami, ein bekannter Kenner des Völkerrechts, der sie nerzeit Japan auf der Konferenz im Haag vertreten hat, gibt seine Ansicht über die Aussichten der Washingtoner Konferenz bekannt. Der Professor schreibt:

Auf der Washingtoner Konferenz wird der Völkerbund seine Existenz verlieren, und die Konferenz kann keinen besseren Ersatz haben als diejenigen, die bereits durch den Versailler Frieden geregelt sind. Das besagt, daß auf die Grundsätze auf dem Papier fest und bei der ersten besten passenden Gelegenheit respektierte niemand diese Theorie, weil sie in der Praxis lästig waren. Das sei das Resultat der Politik der alten Diplomatie, die man nicht mögen Hypothekenbriefe, sei es gewöhnliche Schuldverschreibungen, das alte Spiel — behandelt das auf uns übekommene Steuerrecht als sogenanntes Kapitalvermögen. Solches „kapitalvermögen" ist hineingepreßt hatten. Denn: unter dem Einflusse der fortschreitenden Inflation trennten sich die Schicksale der Sachwerte und „Kapitalvermögen", je nachdem sie im Kern ihres Wesens Sachwerte oder bestimmten Forderungen auf Geld. So spricht die „Frankfurter Zeitung" in dem eingangs geschilderten Satze mit offensichtlicher Verlegenheit von dem „reinen Kapitalbesitz"; das sind dann wohl beizeiten Vermögen, die man als „Geld und Geldforderungen" richtig und eindeutig bezeichnen würde.

Solches Vermögen — das Geld also und die auf Geld gerichteten Forderungen — hat in der Tat unter den Wirkungen der Inflation ganz ungeheuerliche Einbuße erfahren. Seine Besitzer — das heißt die Rentner — sind fast allen anderen Teilen der Bevölkerung gegenüber verarmt. Ihr Los heißt nicht nur Schwierigkeiten und Sorge, sondern in aller Regel bittere Not. Von anderem „Kapitalvermögen" gilt dem in dieser Weise nicht.

Es ist zu ermägen: Im Lichte der ökonomischen Betrachtung ist ja doch die Summe aller Aktien eines Unternehmens nur ein (theoretisch relevanter) Ausdruck für den in ihm unternehmen zugehörigen sachlichen Vermögenskomplex. Der Aktionär besitzt in seinen Aktien Sachvermögen; während zum Beispiel die Obligationen rasselbe industriellen Werkes nicht einen Anteil an diesem sachlichen Vermögenskomplex, sondern eine Geldforderung darstellen.

War es in Friedenszeiten manchmal schwer, den genauen Wert solcher Vermögensstücke zu bestimmen, das Sachvermögen also zutreffend zu veranlagen, so ist in Zeiten harter Inflation die gleiche Aufgabe schlechterdings unlösbar. Denn: das Wesen der Inflation besteht ja eben darin, daß die Preise ständig treibt und eine zutreffende Veranlagung eines sachlichen

Die Erfassung der „Sachwerte".

Von

Regierungsrat a. D. **Karl Elster.**

„Während jedes weitere Herabdrücken der Mark den wirtschaftlichen Wert meines Kapitals weiter hinab in die Tiefe riß, blieben die Sachwerte von diesem Prozeß wirtschaftlicher Vernichtung nicht nur verschont, sie konnten zum allergrößten Teil aus dieser Entwicklung für sich und ihre Besitzer Lagar erheblichen Gewinn ziehen." Dieser Satz, wie auch der ganze Artikel, aus dem er genommen habe, ist gewiß nicht ungeschickt. Er bringt in gedrängter Form eine Musterbeispiel gedankenloser Verwerrenheit; wonach immerhin die „Frankfurter Zeitung" vom Morgen des 8. August — Nr. 582 — des Lesers Glaubens war, ihn ihren Lesern vorsetzen zu dürfen. Das Ziel, auf das sie wieder einmal geht, ist dieses „die Sachwerte weit und lang (!) in ein entsprechender (!) Weise zur Abgabe heranzuziehen".

Gegen das Ziel ist gar nichts einzuwenden. Es wird sich darum auch schwerlich ein ernsthafter Finanzpolitiker finden lassen, der die steuerliche Privilegierung des Sachvermögens von dem „reinen Kapitalbesitz" — um bei der Terminologie der „Frankfurter Zeitung" zunächst einmal zu bleiben — verlangen wollte. Sachvermögen und „reiner Kapitalbesitz" sind also beide in voller Höhe steuerpflichtig und müssen in einer gegenwärtigen Gestalt — den an einem ganz bestimmten Stichtage ermittelten Vermögens- und zugunde, so ist es nur ganz selbstverständlich, daß schon nach kurzer Zeit die Sachwerte einen anderen Goldbetrag repräsentieren müssen, als es es ist, den man am Stichtag — vielleicht ganz zutreffend — ermittelt hat. Demnach ist es wohl ganz zweckmäßig, hier einmal wieder darauf hinzuweisen, daß das Reichsnotopfergesetz in seiner heute allgemein als widersinnig erkannten und einhellig verurteilten Gestalt sein Dasein gerade denjenigen politischen Tendenzen zu danken hat, die ob des Mißstands, der die Folge war, sich heute gar so schwer entrüsten.

Jeder Steuerpraktiker weiß es genau: es ist zweierlei, Geldvermögen und Sachvermögen zu einer Steuer zu veranlagen. Dies namentlich ist ein schon selbstgegebener „Geldbetrag"; von diesem aber muß zunächst der „Wert" ermittelt werden, der sich in der Veranlagung möglich ist. Diese Ermittelung des „Wertes", die immer unerläßlich war, stößt nun sehr oft auf Schwierigkeiten.

Was ist denn eigentlich Wert? — Im „gemeinen Wert" — als „gemeinen Wert" — es ist nichts anderes als der Preis, den bestreffende sachliche Vermögensobjekt unter den gewöhnlichen Verhältnissen erzielen würde. Mit normalen Verhältnissen erzielen würde. Mit anderen Worten: Die interessende Veranlagung eines solchen Vermögensstückes oder — in aller Regel — Vermögenskomplexes verlangt zunächst einmal die Umwandlung der Sachwerte in Preiskomplexe.

Vermögen kann aus Sachgütern bestehen oder aus Geld. Die allerzahlreichsten Vermögen aber bestehen zu ihrem ganz überwiegenden Teile aus „Wertpapieren", aus „Effekten". Solche Wertpapiere — sie mögen Hypothekenbriefe, sei es gewöhnliche Schuldverschreibungen", das alls (spl. § 11 des preußischen Einkommensteuergesetzes) ganz unterschiedlos alle steuerzinslichen Forderungen, aber auch alle Aktien, ihre Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und anderes mehr umgreift, stellt es dem Grundvermögen und dem Betriebsvermögen gegenüber. Dies möchte angehen, solange die Verschiedenheit von der Seite des Geldes her im wesentlichen unbeeinflußt blieb. In dem Augenblick aber, in dem die Inflation in unserer allgemeinen Preisgestaltung störend zu ihrem Ausdruck kam, erwies es sich ganz offensichtlich, daß hier — zwischen — diese freilich unter schwieriger Verteilung aller Finanzlasten auf Reich und Volksvirte — nur zu verschiedene Wirtschaftsdinge in das Prokrustesbett des einen steuertechnischen Begriffes und Namens — das Geldes beibehalten — hineingepreßt hatten. Denn: unter dem Einflusse der fortschreitenden Inflation trennten sich die Schicksale der Sachwerte und „Kapitalvermögen", je nachdem sie im Kern ihres Wesens Sachvermögen bestehenden oder Forderungen auf Geld. So spricht die „Frankfurter Zeitung" in dem eingangs geschilderten Satze mit offensichtlicher Verlegenheit von dem „reinen Kapitalbesitz"; das sind dann wohl beizeiten Vermögen, die man als „Geld und Geldforderungen" richtig und eindeutig bezeichnen würde.

Solches Vermögen — das Geld also und die auf Geld gerichteten Forderungen — hat in der Tat unter den Wirkungen der Inflation ganz ungeheuerliche Einbuße erfahren. Seine Besitzer — das heißt die Rentner — sind fast allen anderen Teilen der Bevölkerung gegenüber verarmt. Ihr Los heißt nicht nur Schwierigkeiten und Sorge, sondern in aller Regel bittere Not. Von anderem „Kapitalvermögen" gilt dem in dieser Weise nicht.

Es ist zu ermägen: Im Lichte der ökonomischen Betrachtung ist ja doch die Summe aller Aktien eines Unternehmens nur ein (theoretisch relevanter) Ausdruck für den in ihm unternehmen zugehörigen sachlichen Vermögenskomplex. Der Aktionär besitzt in seinen Aktien Sachvermögen; während zum Beispiel die Obligationen rasselbe industriellen Werkes nicht einen Anteil an diesem sachlichen Vermögenskomplex, sondern eine Geldforderung darstellen.

War es in Friedenszeiten manchmal schwer, den genauen Wert solcher Vermögensstücke zu bestimmen, das Sachvermögen also zutreffend zu veranlagen, so ist in Zeiten harter Inflation die gleiche Aufgabe schlechterdings unlösbar. Denn: das Wesen der Inflation besteht ja eben darin, daß die Preise ständig treibt und eine zutreffende Veranlagung eines sachlichen